

JAHRESBERICHT Mehr Demokratie

2008



Liebe Freundinnen und Freunde,




wir sind der stete Tropfen, der den Widerstand gegen die direkte Demokratie nach und nach aushöhlt. Erfolgreiche Volksbegehren sind unsere Stärke und vom Gegner gefürchtet, denn der Ausgang einer Volksabstimmung ist nicht berechen-

bar. Parlamentarier aller Couleur versuchen also, die Regeln zu ändern, sodass die Wirkung von Volksbegehren eingedämmt wird. Worauf wir Bürger mit dem nächsten Volksbegehren reagieren. Genau diese Beharrlichkeit, mit der wir 2008 Erfolge wie in Thüringen oder in Hamburg erreicht haben, ist es, die unsere Gegner fürchten.

Doch manchmal werden wir, wie im vergangenen Halbjahr, vom Gegner überrascht: In Hamburg lag wieder eine erfolgreiche Volksinitiative hinter uns, das Volksbegehren stand bevor. Da kamen die regierenden Fraktionen auf uns zu und boten an, unseren Entwurf im Wesentlichen zu übernehmen!

Ist das ein langsam wachsendes Verständnis für demokratische Verhältnisse und ein erster Respekt vor dem Bürger? Vielleicht der erste Schritt auf dem Weg zu einer wirklichen Partnerschaft zwischen Bürgern und Parlamentariern!

Doch nicht nur dieser Erfolg, sondern auch Ihre Unterstützung hat uns 2008 den Rücken gestärkt: Dank Ihrer Spenden konnten wir unser Defizit von 40.500 Euro bis zum Jahresende ausgleichen. Mit mittlerweile über 5.000 Mitgliedern blicken wir auf die Einführung bundesweiter Volksentscheide – unseren nächsten Kraftakt! Der Fluss der Demokratisierung wird bald nicht mehr aufzuhalten sein und seine Gegner einen schweren Stand haben – vor allem in Zeiten bevorstehender Wahlkämpfe.

Herzlich grüßt Sie Ihre 
Claudine Nierth
Vorstandssprecherin

Volksentscheid ins Grundgesetz!

Ein Ausblick von Roman Huber, geschäftsführender Vorstand

Seit 60 Jahren steht es im Grundgesetz, Artikel 20 (2): „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ Wohl gemerkt, es heißt „alle“ Staatsgewalt, nicht nur ein Teil oder nur zu bestimmter Zeit. Wir sind also der Souverän! Und es wird Zeit, dass wir die Staatsgewalt nicht nur in Wahlen sondern auch in Abstimmungen ausüben.



Die Mehrheit der Verfassungsrechtler vertritt die Ansicht, dass für die Einführung von

Volksabstimmungen auf Bundesebene das Grundgesetz ergänzt werden muss. Wir brauchen also eine Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag. Mittlerweile sprechen sich alle Parteien grundsätzlich dafür aus – bis auf die CDU/CSU. Und man muss kein Prophet sein, um für die nächste Wahl vorherzusagen, dass die Union über 33 Prozent erreichen wird. Wir müssen also die Abgeordneten der Union ins Boot holen.

Unsere Ziele:

- Wir wollen das Thema bundesweiter Volksentscheid wieder auf die politische Tagesordnung setzen und dafür Öffentlichkeit und Bewusstsein in der Bevölkerung schaffen.
- Wir wollen, dass eine belastbare Aussage zum bundesweiten Volksentscheid unmittelbar nach der Bundestagswahl im Koalitionsvertrag festgehalten wird, damit in der nächsten Legislaturperiode etwas geschieht.

- Und wir wollen die Kampagne nutzen, um zu wachsen: Konkret wollen wir 20.000 neue Interessenten gewinnen.

So erreichen wir diese Ziele:

- Wir richten uns mit unseren Aktionen und Gesprächen besonders an die Politiker der Union und stärken unsere Kontakte zu den Politikern anderer Parteien.
- Wir räumen (historische) Vorbehalte gegenüber direkter Demokratie aus.
- Wir gewinnen die Presse, vor allem die Leitmedien, für unser Anliegen.

Derzeit laufen die Vorbereitungen für unsere Kampagne schon auf Hochtouren. Sie besteht aus vier wesentlichen Bausteinen:

1. In Veranstaltungen rund um den sechzigsten Geburtstag des Grundgesetzes am 23. Mai fordern wir, das uneingelöste Versprechen des Grundgesetzes zu verwirklichen: Volksabstimmungen!
2. Zur Europawahl Anfang Juni 2009 zeigen wir in einer selbst organisierten Volksabstimmung in einer Kleinstadt exemplarisch, wie Volksabstimmungen und die Meinungsbildung davor funktionieren.
3. Vor der Bundestagswahl im September 2009 informieren wir mit einer breit angelegten Flugblattaktion in allen 299 Wahlkreisen Deutschlands Bürgerinnen und Bürger, welcher der Kandidaten sich für und welcher sich gegen die Volksabstimmung einsetzt.
4. Nach der Wahl versuchen wir, Einfluss auf die Koalitionsverhandlungen zu nehmen und das Thema zu verankern.

Wir haben also einiges vor und brauchen dafür Ihre Unterstützung!





Aus den Landesverbänden



Einreichung von 24.021 Unterschriften für die erste Stufe des Berliner Wahlrechts-Volksbegehrens.

Waren wir noch vor einigen Jahren mit einem Volksbegehren voll beschäftigt, sind wir mittlerweile stark genug, um an mehreren Baustellen parallel arbeiten zu können. Unsere größten Erfolge 2008: Hamburg, Thüringen, Berlin und NRW.

Baden-Württemberg

Dreimal mehr Bürgerbegehren als im langjährigen Durchschnitt ergab die Bürgerbegehrensbilanz 2007. Dieser Trend hat sich 2008 fortgesetzt und uns bei der Beratung von Bürgerbegehren stark gefordert.

Mit allen Landtagsfraktionen sprachen wir über eine Reform des Volksentscheids in Baden-Württemberg. Unsere Eckpunkte dafür haben wir in das Bündnis für mehr Demokratie eingebracht. Immer mehr Bündnispartner, etwa BUND und NABU, unterstützen sie. Wir haben uns gegen das neue Versammlungs- und Demonstrationsrecht in Baden-Württemberg ausgesprochen, weil wir eine Einschränkung der Bürgerrechte befürchten.

Bayern

Vor der Landtagswahl haben wir kandidatenwatch.de mit ins Leben gerufen, um den Bürgern auch in Bayern direkten Kontakt mit ihren Kandidaten zu ermöglichen. Dass das Projekt sehr erfolgreich war, zeigt nicht zuletzt eine Antwortquote von über 85 Prozent.

Im Sommer haben wir zusammen mit anderen Organisationen eine „Wahlfahrt“ quer durch Oberbayern veranstaltet und uns an verschiedenen Stationen mit den Menschen vor Ort über die Idee der direkten Demokratie ausgetauscht. Wir haben im Landtag eine Petition gegen das ge-

plante bayerische Versammlungsgesetz eingereicht, um die grundlegenden Bürgerrechte zu verteidigen.

Berlin/Brandenburg

Tempelhof, Kita, Mediaspree – Berliner Volks- und Bürgerbegehren haben 2008 Schlagzeilen gemacht. Im Zuge des neuen Volksabstimmungsgesetzes wurde die freie Unterschriftensammlung eingeführt. In Brandenburg hat sich der Landtag den Forderungen nach einem Sozialticket und nach kostenloser Schülerbeförderung bereits in der ersten Stufe des Volksbegehrens gebeugt. Wir waren inmitten des Volksbegehrens-Booms bei Initiativen und Medien als Fachverband gefragt. Noch mehr Aufmerksamkeit hätten wir uns für unser Wahlrechts-Volksbegehren gewünscht. Die erste Stufe ist mit über 20.000 gültigen Unterschriften geschafft. Da der Senat wichtige Teile für unzulässig hält, klagen wir nun vor dem Landesverfassungsgericht. Parallel dazu sprechen wir mit den Parteien über die zulässigen Forderungen nach veränderbaren Parteilisten und fünf Parteistimmen. Für ein Ausländer- und Jugendwahlrecht sowie für die Abschaffung der Sperrklausel haben wir über 10.000 Unterschriften beim Abgeordnetenhaus eingereicht.

Bremen/Niedersachsen

Seit 10 Jahren fordern wir die Reform der Volksgesetzgebung in Bremen. Ende Oktober wurde ein parteiübergreifender Gesetzentwurf vorgelegt, der sich sehen lassen kann. Pikant: Die CDU hat bei Verfassungsänderungen bürgerfreundlichere Vorschläge als die rot-grüne Koalition. Bis Frühling 2009 soll die Reform in trockenen Tüchern sein. Mit Aktionen und Gesprächen arbeiten wir für deren Erfolg. In Niedersachsen wurden die Ergebnisse des Bürgerbegehrens-Berichts wahrgenommen. 44 Prozent unzulässige Bürgerbegehren waren dem Innenminister zu viel. Nun plant er eine Mini-Reform.

Hamburg

Gleich mit zwei erfolgreichen Volksinitiativen fing das Jahr in Hamburg an: für die Verbindlichkeit von Volksentscheiden und für eine Wahlrechtsreform. Beides keine neuen Themen mehr, aber wer in der Hansestadt mehr Demokratie will, braucht nun mal einen langen Atem. Nach schwierigen Verhandlungen wurden sich sämtliche Fraktionen und die Initiatoren schließlich einig: In der Landesverfassung steht jetzt, dass Senat und Parlament Volksentscheide nicht mehr einfach übergehen können. Das elfjährige geduldige Bohren dicker Bretter wurde also belohnt, Mehr Demokratie und die Bündnispartner zogen das bereits angemeldete Volksbegehren zurück. Die Wahlrechtsreform hingegen geht in die nächste Runde: Volksbegehren vom 23.1. bis 13.2.2009 und dann (hoffentlich) Volksentscheid am Tag der Bundestagswahl. Ausruhen ist noch lange nicht in Sicht!

Hessen

In Hessen hatten Grüne und SPD 2008 Gesetzentwürfe zur direkten Demokratie eingebracht und die Erleichterung von Volks- und Bürgerbegehren schon in greifbarer Nähe rücken lassen. Unsere Lobbyarbeiter waren bereits im Gespräch mit den Fraktionen, um in Hessen, wo bisher noch kein einziges Volksbegehren zustande gekommen ist, endlich bürgerfreundlichere Regelungen durchzusetzen. Ob nach dem Wahlergebnis vom Januar 2009 noch Hürdenenkungen und fairere Verfahrensregeln erreichbar sind, bleibt abzuwarten.



„Hamburg stärkt den Volksentscheid“
– Aktion zum Volksbegehren 2007

Saarland

Das erste Quartal des Jahres brachte eine Enttäuschung: Von SPD, FDP und Grünen im Landtag eingebrachte Anträge zur Verbesserung direkter Demokratie scheiterten an der ablehnenden Haltung der CDU in Sachen Finanztabu. Andererseits konnte der gerade ein Jahr alte MD-Landesverband durch Präsenz u.a. auf Landesparteitagen, bei der Europäischen Sommeruniversität und durch die Unterstützung und Beratung von Bürgerinitiativen Bekanntheit und Respekt bei der Bevölkerung gewinnen.

Sachsen

2008 konnten wir zehn Jahre Mehr Demokratie in Sachsen feiern. Seit gut einem Jahr bauen wir unser Büro in Leipzig auf. Im vergangenen Jahr haben wir zehn Bürgerbegehren beraten, uns mit dem Thema Bürgerhaushalt beschäftigt, Diskussionsveranstaltungen organisiert und Forderungen für eine Bürgerbegehrenssatzung erarbeitet. Ein direktdemokratischer Höhepunkt des vergangenen Jahres war der erfolgreiche Bürgerentscheid gegen die Privatisierung städtischer Betriebe in Leipzig am 27. Januar.

Thüringen

Für Mehr Demokratie in Thüringen war es ein gutes und hartes Jahr. Wir haben mit unserem Volksbegehren für faire Bürgerbegehren und Bürgerentscheide den Garten der Demokratie zum Blühen gebracht. 12 Prozent der Thüringer haben unterschrieben – ein deutliches Ergebnis, ein klarer Erfolg. Doch dann hat die CDU die Rabatten im Demokratie-Garten zertrampelt als wäre es ihr eigener. Sie hat die Gesetzeslage verändert, auf die sich unser Volksbegehren bezieht, und zwar zwei Wochen bevor es offiziell für zustande gekommen erklärt wurde.

Jetzt müssen die Menschen zum Unterschreiben für ein Bürgerbegehren aufs Rathaus. Das Recht auf Volksentscheid kann uns zwar nicht streitig gemacht werden. Aber mit dem Volksentscheid bekommen wir die Amtseintragung nicht wieder weg. Weil es die zum Start des Volksbegehrens noch gar nicht gab, kann sich unser Gesetzentwurf nicht darauf beziehen. Das Verfassungsgericht wird sich nun mit dieser deutschlandweit einmaligen Unterhöhung der Volksgesetzgebung befassen.



NRW

Mit unserer Volksinitiative „Mehr Demokratie beim Wählen“ haben wir Bewegung in alle Parteien gebracht. 72.830 Unterschriften für ein demokratischeres Kommunalwahlrecht konnten wir im April an den Landtag übergeben. Die Gegner der Volksinitiative konnten keine handfesten Argumente gegen ein wählerfreundliches Wahlrecht vorweisen. Mit unserer Initiative haben wir weit in Parteien und Parlament hineingewirkt, sodass die Chancen auf eine Reform nach der nächsten Landtagswahl gestiegen sind. Zur „Aktion Volksabstimmung“ haben wir viele Straßenaktionen durchgeführt. Hierbei konnten wir zahlreiche neue Unterstützer für die Einführung des bundesweiten Volksentscheids gewinnen.



„Spirale der Demokratie“ – Einreichung der 250.982 Unterschriftsbögen in Thüringen.



Medien und Demokratie im Spannungsverhältnis – Die Jahrestagung 2009

Die Jahrestagung 2009 steht dieses Mal unter dem Motto „Medien und Demokratie“ und wird vom 26. bis 28. Juni in der Reinhardswaldschule in Fulda bei Kassel stattfinden.

Welche Gefahren entstehen durch die Verflechtung von Medien, Wirtschaft und Politik? Sind die Medien eine kontrollierende „vierte Gewalt“? Wer kontrolliert eigentlich die Kontrolleure? Und wie beeinflussen sich direkte Demokratie und Medien? Diese und andere Fragen stehen im Mittelpunkt unserer Tagung. Dazu haben wir Wissenschaftler und erfahrene Journalisten eingeladen, die in Vorträgen und Diskussionen Anspruch und Wirklichkeit kritisch miteinander vergleichen und einen Blick hinter die Kulissen der Medienwelt ermöglichen werden.

Jetzt anmelden!

Das Programm finden Sie online unter: mehr-demokratie.de/jahrestagung.html oder können es anfordern unter Telefon: 030-420 823 70

Bitte vormerken

Bundesmitgliederversammlungen

28. März + 21./22. November 2009

Weitere Termine:

mehr-demokratie.de/termine-2009.html

Mehr Demokratie in Zahlen

Auch finanziell gesehen war das Jahr 2008 erfolgreich: Trotz eines deutlich gestiegenen Umsatzes konnten wir dank Ihrer tatkräftigen Hilfe mit einem leichten Plus abschließen. Erstmals unterstützen uns über 5.000 Mitglieder sowie weitere 2.200 Menschen mit Spenden.

Zu den angegebenen Zahlen auf Bundesebene kommen weitere Einnahmen und Ausgaben von jeweils ca. 400.000 Euro in unseren Landesverbänden hinzu.

37 Mitarbeiter organisieren die Aktionen und Kampagnen in unseren Büros in Berlin, Bremen, Eisenach, Hamburg, Köln, Leipzig, München, Stuttgart und Brüssel.

5 mind design

Finanzüberblick 2008 (ohne Landesverbände)

	Einnahmen	Ausgaben
Politische Kampagnen		
Abgeordnetenwatch		-9.200
Kampagnen und Aktionen (inkl. Mitarbeiter)		-103.989
MD-Mobil		-2.784
Lobbyarbeit		-1.822
Saldo		-117.795
European Referendum Campaign (Irland, Tschechien)		
Aktionen, Infomaterial, Reisekosten, Büro Brüssel, Honorare		-44.732
Spenden	24.825	
Bündnispartnerbeiträge	18.000	
Saldo		-1.907
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit		
Gestaltung, Infomaterial, Honorare, Pressekonferenzen etc.		-77.209
Verkauf Infomaterial und sonstige Einnahmen	5.485	
Zeitschrift für direkte Demokratie		-49.181
Abo Einnahmen	809	
Saldo		-120.096
Verbandsinterne Demokratie		
Mitgliederversammlungen, Mitgliederurabstimmung, Vorstandssitzungen		-18.437
Beiträge der Teilnehmer	2.510	
Saldo		-15.927
Bildungsarbeit		
Vorträge, Seminare, Beratung, Gutachten		-35.767
Veranstaltungen in Aktionskreisen		-5.113
Spenden Bildungsarbeit	4.760	
Jahrestagung, Tagungshaus, Referenten, Organisation		-26.343
Teilnehmerbeiträge Jahrestagung	11.592	
Spenden Jahrestagung	10.520	
Saldo		-40.351
Wissenschaft		
Bürgerentscheidsdatenbank, Bürgerentscheids- und Volksentscheidsberichte, Rankings, wissenschaftl. Aufsätze		-32.863
Saldo		-32.863
Verwaltung		
Mitgliederverwaltung, Datenbank etc.		-35.704
Sonstige Einnahmen	1.336	
Kreditvergabe und -einnahmen	17.501	
Übertrag an Landesverbände	12.679	
Saldo		-60.100
Fundraising, Werbekosten		
Fördererwerbung und Mailing Kosten		-57.536
Druck, Honorare, Weiterbildung		-59.481
Beiträge	185.670	
Mailing Spenden	113.792	
Großspenden	133.035	
Sonstige Spenden	44.574	
Sonstige Einnahmen	3.366	
Förderung / Stiftungen	27.500	
Saldo		390.920
	617.954	-616.072
Gewinn 2008		1.881